

013-B

MINISTERRAT  
DER DEUTSCHEN DEMOKRatischen REPUBLIK  
MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT

Berlin, den 8. 3. 1985

Der Minister

BSU  
000001

Vertrauliche Verschlusssache

VVS-o008  
12/85

126 MfS-Nr. \_\_\_\_\_  
\_\_\_\_\_ .Ausf. Bl. 1 bis 2

Dienststeinheiten  
Leiter

Der Generalsekretär des ZK der SED informierte am 5. März 1985 die 1. Sekretäre der Bezirks- und Kreisleitungen über die Veröffentlichung am 6. März 1985 zu den Rückkehrabsichten vieler in die BRD und nach Westberlin übergesiedelter ehemaliger Staatsbürger der DDR.

In dieser Information wird darauf hingewiesen, daß keine Absicht besteht, in größerem Umfang die Rückkehr in die DDR zu gestatten. Die Veröffentlichung solle vielmehr deutlich machen, daß die aus der DDR-Staatsbürgerschaft Entlassenen keinesfalls das angetroffen haben, was sie erhofften.

Damit wird erneut die prinzipielle Gültigkeit der Sprecher-Erklärung des MfAA vom 5. April 1984 unterstrichen, wonach den Bitten um Gestattung der Rückkehr in die DDR - so verständlich sie auch sind - grundsätzlich nicht entsprochen wird. Die Aufnahme und Wiedereingliederung ausgewählter Personen erfolgt nur in begründeten Einzelfällen.

Die in der Veröffentlichung zum Ausdruck kommende Lage vieler ehemaliger DDR-Bürger, die grundsätzliche Haltung der DDR zu den Rückkehrwünschen sowie die in begründeten Einzelfällen erfolgten Aufnahmen und Wiedereingliederungen ausgewählter Personen sind für die weitere Erhöhung der Wirksamkeit der Maßnahmen zur Unterbindung und Zurückdrängung von Ersuchen zur Übersiedlung zielstrebig zu nutzen.

Zur Erreichung dieser Zielstellung haben die Leiter der zuständigen operativen Dienststeinheiten folgende Festlegungen durchzusetzen:

1. Nutzung aller Möglichkeiten zur Feststellung der Reaktionen des Gegners auf das offensive Vorgehen der DDR sowie zur Aufklärung von Absichten und Maßnahmen feindlicher Stellen und Kräfte gegenüber den in der Veröffentlichung vom 6. März 1985

sowie in eventuell später erfolgenden Veröffentlichungen genannten Personen, anderen ehemaligen Bürgern der DDR, den Bürgern der DDR, die eine Übersiedlung beabsichtigen, sowie aller anderen Versuche, den Maßnahmen der DDR entgegenzuwirken und den Druck auf staatliche Organe zur Erreichung der Übersiedlung zu verstärken.

2. Verfolgung und Aufbereitung der differenzierten Reaktion unter der Bevölkerung, insbesondere unter den Personen, die ihre Übersiedlung zu erreichen versuchen, auf die offensiven Maßnahmen der DDR und damit im Zusammenhang stehende Reaktionen des Gegners.
3. Die Leiter der Bezirksverwaltungen und die Leiter der Kreisdienststellen haben unter Bezugnahme auf die Information des Generalsekretärs mit den 1. Sekretären der Bezirks- und Kreisleitungen die bisherige Wirksamkeit der Maßnahmen zur Unterbindung und Zurückdrängung von Versuchen zur Erreichung der Übersiedlung einzuschätzen und unter Beachtung der Erkenntnisse über die Lageentwicklung und die Reaktion der Bevölkerung das weitere Vorgehen zur Erreichung der mit den offensiven Maßnahmen der DDR verfolgten Zielstellung zu beraten.
4. Die mit der Veröffentlichung sowie mit den in diesem Schreiben beigelegten weiteren Argumentationsmaterialien vermittelten Hinweise zu dieser Problematik sind in Verbindung mit bereits vorliegenden Informationen für die Organisation des weiteren einheitlichen, abgestimmten, personen- und sachbezogenen, zweckmäßigen Vorgehens aller Kräfte im Zurückdrängungsprozeß zu nutzen.

Das beiliegende Argumentationsmaterial mit den Anlagen 1 und 2 wird vom MdI den Bereichen Innere Angelegenheiten der Bezirke, Kreise, Städte und Stadtbezirke zur Verfügung gestellt.

Der Leiter der Arbeitsgruppe für Organisation und Inspektion beim Ministerrat übergibt dieses Material den ihm unterstellten Leitern im System der Sicherheitsbeauftragten.

5. Von den zuständigen Dienststeinheiten sind alle vorliegenden und noch bekannt werdenden Hinweise zu Rückkehrabsichten von ehemaligen Bürgern der DDR dahingehend zu prüfen, ob in begründeten Einzelfällen mit deren Aufnahme und Wiedereingliederung, ausgehend von ihrer Persönlichkeit, eine positive Wirkung im Prozeß der Unterbindung und Zurückdrängung von Versuchen zur Erreichung der Übersiedlung erreicht werden kann.

In diese Prüfung sind u. a. Informationen einzubeziehen über

- das Persönlichkeitsbild und das Gesamtverhalten vor der Entlassung aus der Staatsbürgerschaft der DDR,

- die Reaktion und Haltung im beruflichen und familiären Umgebungskreis auf die Aktivitäten zur Erreichung der Übersiedlung, die erfolgte Übersiedlung sowie auf das Verhalten danach,

BStU  
000003

3

VVS MfS 0008-12/85

- den Werdegang nach der Übersiedlung und die Nutzung der Rückverbindungen in die DDR,
- die aktuelle Situation und Verhaltensweisen,
- Motive, Gründe und Ernsthaftigkeit der Rückkehrabsichten.

Alle Informationen sind im Zusammenhang mit möglichen Schwierigkeiten bzw. nicht den Erwartungen entsprechenden Bedingungen, z. B. bei der Eingliederung in den Arbeitsprozeß, der Versorgung mit Wohnraum, sowie den zu erwartenden Haltungen und Reaktionen des Umgangskreises und anderer Kreise der Bevölkerung auf die Rückkehr, ausgehend von der damit zu erreichenden Zielstellung, komplex zu beurteilen.

Ergibt die Beurteilung, daß mit der Aufnahme und Wiedereingliederung im begründeten Einzelfall positive Wirkungen im Zurückdrängungsprozeß erzielt oder echte humanitäre Anliegen - besonders bei Familien mit Kindern - erfüllt werden können, sind entsprechende Vorschläge über die ZKG an mich bzw. meine zuständigen Stellvertreter einzureichen.

6. Von der Aufnahme in die DDR sind auszuschließen: Kriminelle, Asoziale, Arbeitsscheue, Provokateure bzw. Personen, deren Persönlichkeitsbild von solcher Labilität gekennzeichnet ist, die eine dauerhafte Eingliederung und die Erreichung der angestrebten Zielstellung nicht gewährleisten.

7. Der Leiter der ZKG hat zu gewährleisten:

- die zentrale Übersicht und Auskunftsbereitschaft über Hinweise zu Rückkehrabsichten und die dazu vorliegenden Prüfungsergebnisse,
- die Vorbereitung zentraler Entscheidungen zur Aufnahme Rückkehrwilliger auf der Grundlage der von den operativen Dienst-einheiten erarbeiteten Vorschläge,
- die Einleitung der erforderlichen Maßnahmen zur Aufnahme auf der Grundlage zentraler Entscheidungen in Zusammenarbeit mit dem Leiter der HA VII,
- die Anleitung und Unterstützung der operativen Dienst-einheiten bei der Realisierung der in diesem Schreiben getroffenen Festlegungen, besonders bei der Wiedereingliederung und der Nutzung der betreffenden Personen im Zurückdrängungsprozeß,
- die Anleitung und Unterstützung der operativen Dienst-einheiten bei der Durchführung der operativen Kontrolle aufgenommenen Personen und der Gewährleistung der lückenlosen Aufklärung aller Hinweise über von diesen Personen beabsichtigte bzw. von diesen ausgehende feindlich-negative Aktivitäten,
- die ständige Einschätzung der Wirksamkeit bei der Durchführung der in diesem Schreiben festgelegten Maßnahmen für den Prozeß der Unterbindung und Zurückdrängung von Versuchen zur Erreichung der Übersiedlung.

- aufnehmen!

- ab/nehmen.

8. Der Leiter der HA VII hat durch zielgerichtete Einflußnahme auf das MdI zu sichern, daß bei den Aufnahmeverfahren sorgfältig geprüft wird, ob die angestrebte Zielstellung erreicht werden kann.

Soweit Entscheidungen über die Aufnahme getroffen werden, ist auf die Bereiche Innere Angelegenheiten Einfluß zu nehmen, daß die Wiedereingliederung entsprechend der Zielstellung erfolgt.

9. Die Leiter der operativen Diensteinheiten haben sicherzustellen, daß der ZKG die für die zentrale Übersicht erforderlichen Informationen aktuell zur Verfügung gestellt werden.

Sie haben auf die örtlichen Organe Einfluß zu nehmen, daß über bei diesen bekannt werdende Rückkehrabsichten das MfS unverzüglich informiert wird.

BSU  
000004

*Wielky*  
Armeegeneral

*Handwritten notes and stamps on the right side of the page, including a circular stamp.*

*Faint, mostly illegible text from the reverse side of the document, appearing as bleed-through or ghosting.*